

QUEERAMNESTY

**RUNDBRIEF DER DEUTSCH-
SPRACHIGEN AMNESTY
INTERNATIONAL-LGBT-GRUPPEN
AUSGABE NR. 44 / FEBR 2012**

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Foto: © AMNESTY INTERNATIONAL - RUSSIAN FEDERATION: LGBT ACTION CARD

MENSCHENRECHTE SIND MEIN STOLZ

Marcher pour ceux que ne le peut pas
Marching for those who can't
Weltweit unterstützt Amnesty LGBT Rechte und
arbeitet gegen Diskriminierung.

Diskriminierung ist eines der dringlichsten Anliegen, wenn es um die Menschenrechte in Europa geht. Denn überall auf dem Kontinent sind Millionen von Menschen davon betroffen: noch immer werden Menschen ausgegrenzt, sind Armut ausgesetzt, werden Opfer von Misshandlung oder sogar Gewalt aufgrund dessen, wer sie sind, was sie zu sein scheinen oder was sie glauben. Darum hat Amnesty International im Jahr 2009 die Kampagne Fight Discrimination in Europe eingeführt, der es darum geht zu zeigen, welchen Einfluss Diskriminierung auf das Leben dieser Menschen hat, Individuen darin zu bestärken, ihre Rechte einzufordern und sicherzustellen, dass alle Menschen in Europa einen effektiven Schutz vor Diskriminierung genießen. Die Kampagne konzentriert sich auf Diskriminierung, die sich gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle (LGBTI) richtet, Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft (Roma) und aufgrund des religiösen Glaubens.

Im Rahmen der Kampagne Fight Discrimination in Europe bemüht sich Amnesty International darum, Diskriminierung gegen LGBTI europaweit in einer Vielzahl von Bereichen zu bekämpfen. Dazu gehört zunächst, dass Amnesty International LGBTI-Pride-Events unterstützt: durch die Teilnahme von Mitgliedern, durch Interessenvertretung, durch Solidaritätsbekundungen, durch Medienarbeit und durch die Anwesenheit hochrangiger Vertreter der Organisation. Der Blick richtet sich dabei stets darauf, dass die Rechte der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit von LGBTI gesichert sind und die Sichtbarkeit der LGBTI-Bewegung gestärkt wird. Zu den Pride-Events, die Amnesty International bereits unterstützt hat, gehören unter anderem der Baltic Pride, Belgrade Pride, Slavic Pride sowie die Bratislava und Budapest Prides. Noch immer drohen Pride-Events in einigen europäischen Ländern durch die Behörden verboten oder verhindert zu werden und sehen sich der Gefahr homophober und transphober Gewalt von Extremisten ausgesetzt. Angesichts der Bedeutung, die diesen Events im Hinblick auf die Sichtbarmachung der LGBTI Community und dem Kampf für ihre Rechte zukommt, sieht



Amnesty International den Einsatz für die Prides als eine der Prioritäten ihrer Arbeit gegen Diskriminierung in Europa an. Amnesty International unterstreicht so ihre Botschaft, dass die Rechte von LGBTI Menschenrechte sind. Dies ist eine Botschaft, die sich auch im Slogan der Prides widerspiegelt: „Human Rights are My Pride“ (Menschenrechte sind mein Stolz).

Um sicherzustellen, dass unsere Arbeit wirklich etwas bewirkt, arbeiten wir eng mit den LGBTI-Organisationen in den jeweiligen Ländern zusammen und entscheiden so, welche Art von Unterstützung Amnesty International zu den einzelnen Pride-Events beisteuern kann; diese enge Zusammenarbeit kommt ebenfalls bei der Auswertung unserer Arbeit zum Tragen. Um eine Vorstellung von den Veränderungen zu vermitteln, die Amnesty International in Ländern wie Litauen anzustoßen vermag, möchten wir Vladimir Simonko zitieren, der Vorsitzender der Lithuanian Gay League ist und den Baltic Pride 2010 in Vilnius mitorganisiert hat: „Die Arbeit von Amnesty vor dem Pride und die Teilnahme an dem Pride waren wirklich wichtig. Ich denke nicht, dass der Pride ohne Amnesty stattgefunden hätte.“ Das ist das Ergebnis der engen Zusammenarbeit mit den Verfechtern von LGBTI-Menschenrechten, die sich für echte Veränderungen im Leben von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen in ihrem Land engagieren. Darüber hinaus setzt sich Amnesty International durch Kampagnen und Lobbyarbeit gegen homophobe und transphobe Verfahren und Gesetzgebungen ein. Um nur ein Beispiel zu nennen: Amnesty International ist zuletzt gegen homophobe Gesetze vorgegangen, bei denen zu befürchten ist, dass sie in Russland eingeführt werden. Diese Gesetze zielen darauf, die freie Meinungsäußerung von LGBTI zu beschränken, indem sie es verbieten, Kindern Informationen zugänglich zu machen, die als „Propaganda von Sodomie, Lesbianismus, Bisexualität, Transgenderismus“ gekennzeichnet sind. Ähnliche Rechtsvorschriften wurden in der Vergangenheit auch in Litauen eingeführt; Amnesty International hat jedoch mit Erfolg darauf gedrängt, dass diese diskriminierenden Gesetze von den zuständigen Behörden des Landes noch einmal überdacht werden.

Amnesty International wirkt nicht nur diskriminierender Gesetzgebung entgegen, sondern unterstützt auch Maßnahmen, die für mehr Gleichstellung sorgen und den Schutz gegen Diskriminierung fördern. Auf der Ebene der Europäischen Union (EU) setzt sich Amnesty International durch Kampagnen für die Übernahme einer neuen Anti-Diskriminierungs-Richtlinie ein, die den Schutz vor Diskriminierung ausweiten würde. Dazu gehören unter anderem der Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und der Schutz vor Diskriminierung in wichtigen Lebensbereichen, wie dem Zugang zu Waren, Dienstleistungen und Bildung. Europaweit können Millionen von Menschen auch heute noch in ihrem Alltag diskriminiert werden, beispielsweise wenn sie nach einem Hotelzimmer fragen oder eine Bar betreten. Genau das ist aber nicht hinzunehmen in einem Europa, das sich eigentlich auf die Charta der Grundrechte gründet, die wiederum ausdrücklich darauf hinweist, dass jede Art der Diskriminierung in der EU unzulässig ist.

Schließlich unterstützt Amnesty International Verfechter von LGBTI-Menschenrechten und steuert mit ihrer Arbeit gegen, wann immer und wo immer die Rechte von LGBTI, insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit in ernster Gefahr sind. Für die Zukunft beabsichtigt Amnesty International die Arbeit für die Rechte von LGBTI noch zu intensivieren, indem verstärkt das Problem der hate crimes (Verbrechen aus Hass) und die spezifischen Menschenrechtsverletzungen, die Transgender und Intersexuelle erleiden, thematisiert werden. Weitere Informationen zu unserer Kampagne Fight Discrimination in Europe finden sich unter www.fightdiscrimination.eu.

Veronica Scognamiglio, European Campaign Coordinator on Discrimination
Katerina Rosochova, Campaign Assistant

Amnesty International European Institutions Office, Brussels

MERSI (MENSCHENRECHTE UND SEXUELLE IDENTITÄT) WIRD QUEERAMNESTY

AB 2012 HEISSEN VIER MERSI-GRUPPEN DER DEUTSCHEN SEKTION VON AMNESTY INTERNATIONAL QUEERAMNESTY.

Damit gleichen wir uns der Namensgebung der LGBT-Gruppen in der Schweizer Sektion von Amnesty International an, die schon seit längerem so heißen, die österreichische Gruppe wird folgen. Damit wird eine schon lange bestehende Kooperation der deutschsprachigen LGBT-Gruppen von Amnesty International in der inhaltlichen Arbeit auch nach außen hin deutlich. QUEERAMNESTY ist ein griffigerer Name, der für die LGBT-Community verständlich ist. Auch die Zugehörigkeit zu Amnesty International wird nun deutlicher.

QUEERAMNESTY setzt sich als Teil des weltweiten Amnesty-Netzwerks weiterhin für die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender ein. Auf unsere Initiative formuliert Amnesty International derzeit eine internationale Positionierung zu Menschenrechtsverletzungen an Intersexuellen, die in Kürze erscheinen wird. Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität sind wesentliche Bestandteile der Persönlichkeit. Sich offen und frei dazu bekennen zu können, zählt damit zu den Kernbereichen des Menschenrechtsgedanken.

„Queer“ ist eine Art Sammelbegriff, unter dem sich Schwule, Lesben, Bisexuelle, Intersexuelle, Transgender, Pansexuelle, Asexuelle und viele mehr zusammenschließen. Eine Besonderheit von Queer im Vergleich zu Identitäten wie lesbisch oder schwul ist, dass die Betonung auf der eigenen von der Heteronormativität abweichenden Geschlechtsrollen-Präsentation, Geschlechtsidentität und/oder Lebensform liegt und die Geschlechtsidentität des anderen eine geringere Rolle spielt.

Verbindend wirkt dabei die Überzeugung, dass der angenommene Zwang zur Heteronormativität aufgelöst und es Menschen erlaubt werden sollte, ihr (Sexual)Leben mit unterschiedlichen Vorstellungen, sexuellen Identitäten und Geschlechtsidentitäten in Frieden leben zu dürfen. (Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Queer>)

Rupert Haag

DER KAMPF FÜR DIE RECHTE VON LESBEN UND SCHWULEN IN KAMERUN

IM APRIL 2011 WURDE DER 32-JÄHRIGE STUDENT JEAN CLAUDE ROGER MBEDE WEGEN HOMOSEXUALITÄT UND VERSUCHTEN HOMOSEXUELLER HANDLUNGEN VON EINEM GERICHT IN DER KAMERUNISCHEN HAUPTSTADT YAOUNDÉ ZU EINER DREIJÄHRIGEN HAFTSTRAFE VERURTEILT. SEINE RECHTSANWÄLTIN ALICE NKOM LEGTE NOCH IM MAI DESSELBEN JAHRES GEGEN DAS URTEIL RECHTSMITTEL EIN, IM FEBRUAR 2012 WIRD ES IN DEM FALL ZU EINER NEU-ANHÖRUNG KOMMEN. AMNESTY INTERNATIONAL SIEHT JEAN CLAUDE ROGER MBEDE ALS EINEN GEWALTLOSEN POLITISCHEN GEFANGENEN AN.



Foto©Adefho, Cameroon's homosexuality defense association

Jean Claude Mbende und seine Anwältin und Leiterin von Adefho, Alice Nkom – sie ist selbst von einer Festnahme bedroht.

In Douala, der größten und lebendigsten Stadt Kameruns, befindet sich die Anwaltskanzlei von Alice Nkom. Sie ist zugleich Sitz der Organisation L'association pour la défense des droits des homosexuel(le)s (Verein für die Verteidigung der Rechte homosexueller Frauen und Männer, Adefho), deren Gründerin und Vorsitzende Alice Nkom ist. Dem Namen entsprechend liegt das Mandat von Adefho nicht auf allen sexuellen Minderheiten, sondern ausschließlich auf homosexuellen Menschen. Dass die Organisation den Auftrag in ihrem Namen klar zu erkennen gibt, ist in Kamerun eine Ausnahme; denn die Kriminalisierung von Homosexualität zwingt Menschen und Organisationen gleichermaßen, sich zu verstecken. Nach Artikel 347a des kamerunischen Strafgesetzbuches sind einvernehmliche sexuelle Praktiken zwischen Menschen des gleichen Geschlechts eine Straftat. Es sind hierfür Gefängnisstrafen zwischen sechs Monaten und fünf Jahren vorgesehen, zudem Geldstrafen in der Höhe von 20 000 bis 200 000 FCFA (ca. 30,50€ bis 305€). Aktuelle Bestrebungen der kamerunischen Regierung zielen darauf ab, das Strafmaß auf eine Haftdauer von 15 Jahren und eine Geldstrafe von 2 Millionen FCFA (etwa 3050€) zu verschärfen. In Kamerun sind homophobe Einstellungen weit verbreitet, und werden von politischen und religiösen Autoritäten sowie von den Medien durch öffentliche Diffamierungen gestärkt. Aktuell sind sieben Männer wegen ihrer vermeintlichen oder tatsächlichen sexuellen Orientierung inhaftiert, wobei davon auszugehen ist, dass die Dunkelziffer weitaus höher liegt. Sexuelle Beziehungen zwischen Frauen sind von dem Artikel 347a zwar nicht ausgenommen, doch sind Frauen weitaus seltener als Männer von der Anwendung des Artikels betroffen.

In der Vergangenheit finanzierte Alice Nkom die Arbeit von Adefho in großen Teilen aus eigenen Mitteln, wobei die Europäische Union Adefho und zwei weiteren Vereinen im Jahr 2011 eine Projektförderung in Höhe von 300 000€ zukommen ließ. Tatkräftige Unterstützung erhält sie von einer Handvoll ehrenamtlicher Helfer_innen; vorwiegend handelt es sich hierbei um junge Männer, die nach Beendigung ihres Studiums keine Arbeit finden konnten. Die Arbeit der Organisation umfasst verschiedene Bereiche: Die Aktivist_innen unterstützen die Menschen in den Gefängnissen emotional und durch professionellen Rechtsbeistand; sie stärken homosexuelle Menschen in möglichen Konfrontationen mit der Polizei, indem sie sie über ihre Rechte aufklären; sie leisten aber auch Aufklärungsarbeit in der kamerunischen Gesellschaft und arbeiten zu HIV/Aids, da durch die staatlichen HIV/Aids-Programme Männer, die mit Männern Sex haben, und Frauen, die mit Frauen Sex haben, nicht erreicht werden. In strategischer Hinsicht verfolgt Adefho eine juristische Strategie, um einvernehmliche Sexualkontakte zwischen Angehörigen des gleichen Geschlechts zu legalisieren. Ziel ist es, einen Einzelfall vor den Obersten Gerichtshof des Landes zu bringen, dessen Richter_innen dazu verpflichtet sind, internationales Recht anzuwenden.

Adefho ist eine von mehreren Nichtregierungsorganisationen in Kamerun, die für die Rechte von Lesben und Schwulen eintritt. Dabei ist auffallend, wie schlecht die nationalen Organisationen untereinander vernetzt sind; gemeinsame Aktionen scheinen die Ausnahme zu sein. Es sei häufig schwer, überhaupt zu wissen, wer zu den Rechten sexueller Minderheiten arbeite. Denn aus Angst vor Übergriffen und Diskriminierungen würden sich die meisten lesbisch-schwulen Organisationen nicht als solche zu erkennen geben, so Alice Nkom. Stattdessen operierten sie etwa unter dem Deckmantel einer HIV/Aids-Organisation. International sind NGOs wie Adefho oder Alternatives Cameroun hingegen sehr gut vernetzt. Im Dezember 2010 kooperierten die beiden kamerunischen NGOs mit Human Rights Watch (HRW) und der International Gay and Lesbian Human Rights Commission (IGLHRC) bei der Erstellung des Berichts Criminalizing Identities. Rights Abuses in Cameroun based on sexual orientation and gender identity. Im September diesen Jahres schickten dieselben internationalen und nationalen Organisationen gemeinsam mit Amnesty International einen offenen Brief an den kürzlich wiedergewählten Staatspräsidenten Paul Biya, in dem sie u.a. die Freilassung von Häftlingen forderten, die aufgrund des Artikels 347a verhaftet worden waren. Für Alice Nkom ist die Zusammenarbeit mit internationalen Aktivistinnen und Aktivisten ermutigend. Sie und ihre Mitstreiter_innen hätten hierdurch das Gefühl, nicht alleine zu sein. Für die Zukunft baut sie auf einen stärkeren Austausch mit interna-

tionalen Partner_innen, um voneinander zu lernen und gemeinsame Strategien im Kampf für die Rechte von homosexuellen Menschen zu entwickeln. Auch hofft sie auf weitere finanzielle Unterstützung, um die Opfer des Artikels 347a juristisch verteidigen zu können und um in einem strategischen Gerichtsverfahren die Abschaffung desselben Artikels zu erkämpfen. Der Aufbau eines lokalen Radiosenders, der zu Aufklärungszwecken genutzt werden könnte, sowie ein eigenes Büro für Adefho, sind weitere Pläne der ehrgeizigen Menschenrechtsaktivistin.

Eva Range

Die Autorin (Afrikanistin M.A.) promoviert aktuell zu Menschenrechtskampagnen in Südafrika und ist Mitglied der Queeramnesty-Gruppe Berlin. Ende Oktober 2011 hatte sie die Gelegenheit, Alice Nkom und einen weiteren Vertreter von Adefho in Douala (Kamerun) zu treffen.

MUT MACHEN IM KAMPF GEGEN „HASS-MORDE“ AN TRANS* IN DER TÜRKEI

EIN RECHTSHILFEPROJEKT GEFÖRDERT VON QUEERAMNESTY (MERSI) UND DER AI TÜRKEIGRUPPE.

Seit vier Jahren gibt es in Istanbul eine zivilgesellschaftliche Initiative, die von Trans* für Trans* gegründet wurde: Istanbul LBTT. In einem kleinen 20 qm lila und grün getünchtem Raum mit einem Computer, einem Faxgerät und einem Telefon treffen sich täglich zwischen 10–40 Trans*, Intersexuelle, Lesben und Schwule. Eine Bürogruppe garantiert die täglichen Öffnungszeiten zwischen 15.00 und 19.00 Uhr. Hier werden Informationen ausgetauscht, Beratungen angeboten und Aktionen geplant. Auch ein Rechtshilfeprojekt für Trans* wird hier umgesetzt, das von MERSI (jetzt Queer Amnesty) und der Amnesty Türkeigruppe bereits seit 2 Jahren gefördert wird.

Ebru Kirancı, die seit mehr als 25 Jahren für die Rechte von Minderheiten in der Türkei kämpft, erzählt von dieser Arbeit.

Wie kam es zur Entstehung des Rechtshilfeprojektes?

Im Jahr 2009 gab es vermehrte Festnahmen von Transfrauen. Hohe Geldstrafen ohne rechtliche Grundlage wurden verhängt. Dafür wurden z.B. Paragraphen aus der Straßenverkehrsordnung benutzt, um uns beim Spazierengehen oder Einkaufen einen Strafzettel zu verpassen, nur weil wir Trans* sind. Die Polizisten erhielten für jeden Strafzettel Bonuspunkte. Für viele Transfrauen war es nicht möglich, diese gehäuften Geldstrafen zu bezahlen und sie wussten überhaupt nicht, was sie machen sollten. Uns wurde klar, da ist ein großes Bedürfnis nach Unterstützung. Zudem ist dies ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte. Dafür haben wir u.a. das Rechtshilfe-Projekt entwickelt und uns für die Rechtsanwältin Eren Keskin entschieden. Das Gefühl, dass im Hintergrund eine vernünftige Anwältin ist, stärkt auch das eigene Selbstvertrauen.

Wie sieht die Arbeit konkret aus?

Es hat sich eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Anwältin entwickelt. Wenn Trans* jetzt ein Problem haben, wenn sie z.B. festgenommen werden, rufen sie Istanbul LBTT an und wir leiten das an Eren Keskin weiter. Eren geht dann zur Wache oder ruft dort an und erinnert die Polizei daran, dass sie dazu nicht berechtigt sind. Sie weist sie in ihre Schranken. Eren begleitet auch Gerichtsfälle. Zu nennen wären da zum Beispiel



Trans Pride – Istanbul, 2011



Ebru Kirancı kämpft für die Rechte von Minderheiten in der Türkei.



Trans Pride – Istanbul, 2011

die beiden Fälle von M.A. und Filiz. Sie bekamen laufend Geldstrafen. Ihren selbst eingereichten Widersprüchen wurde nicht stattgegeben. Das war der Anlass für Eren ein Gerichtsverfahren zu eröffnen, um die Geldstrafen erfolgreich zurückzuweisen. Das Ziel dieser Geldstrafen ist ja, dass unsere Freundinnen wie Gefangene in ihren Wohnungen bleiben. Kaum gehen sie auf die Straße, sind sie wieder mit der Polizei konfrontiert. Der Staat will nicht, dass Trans* auf der Straße herumlaufen.

Kann man da von einer Strategie sprechen?

Ja, deswegen wurde der ehemalige Polizeichef, Hüseyin Capkin, aus Izmir abgezogen und speziell in Istanbul eingesetzt. Er hatte in Izmir bereits die gleiche Politik gegenüber den Trans* erfolgreich praktiziert und die Trans* aus der Innenstadt vertrieben. Aber in Istanbul funktionierte das nicht, weil wir gegen dieses System eine Kampagne starteten. Wir haben viele Interviews für Zeitungen und fürs Fernsehen gegeben.

Aber normalerweise werden doch Nachrichten über Trans* boykottiert, außer es können spektakuläre, negative Schlagzeilen über Trans* verbreitet werden?

Das stimmt. Aber diesmal haben sie berichtet, weil 300 bis 500 Trans* auf die Straße gingen und Kundgebungen und machtvollen Demonstrationen abhielten mit dem Slogan: „Trans*-sein ist kein Verbrechen!“ Am folgenden Tag haben wir Strafantrag gegen Hüseyin Capkin gestellt. Das hatte zur Folge, dass die Polizei mit den Geldstrafen am Tage aufhörte.

Welchen Verlauf nahm der Strafantrag?

Zwanzig Tage nach dem Strafantrag kam ein Schreiben vom Staatsanwalt mit der Behauptung, dass die Polizei so etwas nicht mache und der Fall beendet sei. Aber wir wissen das sehr gut und haben die Strafzettel alle als Kopie aufgehoben.

Hat das nicht auch Signalwirkung für die Allgemeinheit, die Passanten auf der Straße, wenn sie sehen, Transfrauen werden ständig angehalten oder festgenommen?

Das ist ein sehr fatales Signal. Was die Polizei gemacht hat, war Diskriminierung. Andere transphobe Menschen werden dadurch ermutigt, ihren Hass an uns abzulassen. Die sagen sich, wenn die Polizei sie schlecht behandelt, dann tun wir das auch. Aber durch die Kraft, die wir aus unseren massenhaften, öffentlichen Aktionen gegen das Geldstrafensystem gewonnen haben, konnten wir den 1. Trans* Pride der Türkei organisieren und dieses Jahr auch noch eine Trans* Pride Woche dazu. Wir müssen noch mehr auf die Straße gehen, wir müssen noch sichtbarer werden. Denn wir sind Menschen und wir leben in dieser Gesellschaft.

Wie ist die Trans* Bewegung mit der LGB Bewegung verbunden?

Eigentlich waren wir, bevor wir Istanbul LGBTT gegründet haben, jahrelang in einer LGBT-Bewegung. Aber dort sind wir Transphobie und Hierarchie begegnet. Transfrauen wurden von oben herab angesehen, weil wir Sexarbeit machen. Transfrauen haben kein großes Wissen hinsichtlich Computer oder Englischkenntnisse, damit man ein Projekt beschreiben kann. Daran entsprang z.B. unter anderem auch die Hierarchie. In diesem Zusammenhang konnten wir das Problem nicht lösen und wir gingen raus. Es war der Impuls, eine eigene Organisation zu gründen mit dem Schwerpunkt Trans*, das war im Jahr 2007. Heute arbeiten wir als inzwischen eingetragener Verein in einem großen türkeiweiten LGBTI-Netzwerk wieder zusammen.

Inzwischen scheint die Trans* Bewegung sich sehr vergrößert zu haben. Aber die sog. Hassmorde finden nach wie vor unvermindert statt.

Leider schaffen wir es nicht, die Hassmorde zu stoppen. Ich denke, dass ist die Schuld des Staates. Vor 2 Jahren z.B. gab es ein schlimmes Statement der Frauen- und Familienministerin, Aliye Kavaf, die sagte, dass Homosexualität eine Krankheit sei, die behandelt werden müsse. Wir haben damals sofort protestiert. Letztes Jahr wurden 15 Transfrauen Opfer von Hassmorden. Dieses Jahr schien es zunächst anders, ich freute mich. Aber dann kam die Nachricht, dass eine Transfrau ermordet wurde, 15 Tage später wieder eine

Transfrau. Da hatte ich erneut einen Schock. Einer weiteren Transfrau wurde mit dem Messer die Kehle durchgeschnitten und einen sogenannten Ehrenmord, innerhalb der Familie gab es auch.

Bisher wurden Morde an Trans* kaum untersucht, die Täter fast nie vor Gericht gestellt, geschweige denn zu angemessenen Strafen verurteilt. Konnte das Rechtshilfeprojekt da etwas ausrichten?

Wir verfolgen inzwischen die Untersuchung der Mordfälle sehr genau und auch die Gerichtsprozesse gegen die Mörder von Trans*. Das bemerken auch die Richter und auch die Staatsanwälte. Z.B. in Bursa kamen zum Fall einer ermordeten Trans* 50 Prozessbeobachter_innen. Der Täter bekam 27 Jahre Gefängnis. So auch im Fall der ermordeten Dilek Ince aus Ankara und von Ebru Soykan aus Istanbul. Die Täter bekamen jeweils Strafen von 25 Jahren Gefängnis. Ohne Prozessbeobachtung wären sie mit 3 bis 5 Jahren davongekommen. Für ihre Unterstützung möchten wir uns sehr herzlich bei der Amnesty Queer Gruppe, Stephan Cooper, und der Türkei Gruppe Berlin, sowie Barbara Neppert und Amke Dietert von der Türkei-Kogruppe bedanken. Mit ihnen zusammen fühlen wir uns stärker und haben das Gefühl, nicht allein zu sein.

Maria Binder

Sie ist Dokumentarfilmerin und arbeitet seit mehr als 10 Jahren ehrenamtlich für LGBTTI-Gruppen, u.a. für QUEERAMNESTY (MERSI).

IM AUFTRAG VON AMNESTY

STELL DIR VOR, ES IST CSD UND DU TRAUST DICH NICHT HIN, WEIL DU NICHT WEISST, OB DU DA HEIL WIEDER RAUSKOMMST – ODER DU KANNST GAR NICHT ERST HIN, WEIL DER PRIDE VERBOTEN WURDE. FÜR UNS QUEERS AUS DEUTSCHLAND UND ANDEREN WESTEUROPÄISCHEN LÄNDERN EIN SCHEINBAR IN WEITER FERNE LIEGENDER GEDANKE.

Dies war auch noch vor zwei Jahren meine Sichtweise, bevor ich im Frühling 2009 zum ersten Mal zu einem CSD in östlicher Nachbarschaft nach Riga fuhr, um den dortigen Baltic Pride zu unterstützen, und ich mich dort spontan der internationalen Amnesty-Delegation anschloss. In erster Linie wurde ich damals von meiner Neugier getrieben, denn ich hatte in einer Münchner Gruppe schon einiges an Amnesty-Luft geschnuppert, aber so ganz klar war mir noch nicht, ob dieser Verein tatsächlich etwas für LGBT-Menschen erreichen kann und ob ich dabei bleiben will.

Meine ersten Eindrücke in Riga: die besorgten Gesichter der Amnesty-Delegation beim vorbereitenden security briefing in der Hotellounge, auch bei den couragierten lettischen LGBT-Aktivist_innen und den eigens aus London eingeflogenen Amnesty-Profis vom Internationalen Sekretariat. Wie schaffen wir es zum kleinen, eingezäunten Stadtpark, wo die Parade stattfinden soll? Und wie kommen wir da heil wieder raus? Denn das einzige, was nach den Erfahrungen der Vorjahre sicher ist, ist, dass die Gegendemonstrant_innen zu allem bereit sind. Wir müssten sogar mit Brandsätzen rechnen, wurde gewarnt, manche haben deswegen Löschdecken dabei, und das geringere Übel wäre noch der polizeiliche Einsatz von Tränengas. Trotz aller Bemühungen im Vorfeld ist immer noch nicht sicher, wie sich die lettische Polizei verhalten wird. Deshalb müssen wir alle Register ziehen und uns tarnen. Wir teilen uns in Kleingruppen auf, wählen verschiedene Routen, Männlein und Weiblein tun sich zusammen und simulieren heterosexuelle Pärchen, damit wir ja nicht auffallen. Im worst case, so die gut gemeinte Ansage, sollten sich die Pseudopärchen küssen, um bei den Gegendemonstrant_innen den allerletzten Verdacht aus dem Weg zu räumen. Was tut man nicht alles, um die eigene Haut zu retten und für Menschenrechte einzutreten. Wir nehmen es mit Humor, auch wenn allen klar ist, dass dies wirklich kein Spaß ist. Vor allem nicht für die LGBTs, die hier leben und die nicht einfach nach dem Pride bequem in sichere, heimische Gefilde zurückfliegen können. Als wir es dann alle heil zum Stadtpark geschafft haben, kann es endlich losgehen mit der Parade.



Spürbarer Hass – auch auf Plakaten. Hier hat Polizeischutz geklappt.



Bratislava Pride 2011 – symbolträchtig bewegen sich die LGBTs über die Nový Most (Neue Brücke) auf das andere Donauufer von Bratislava zu.

Eine sehr kleine Menschenmenge im Verhältnis zum massiven Polizeiaufgebot und den zahlreichen Gegendemonstrant_innen, die mit hasserfüllten Gesichtern auf uns einbrüllen. Wir dürfen zwei Runden im eingezäunten Stadtpark drehen, vorneweg LGBTs aus Lettland und anderen baltischen Ländern, wir internationalen Gäste sollen nur den Druck erhöhen, damit die Veranstaltung überhaupt stattfindet und halten uns im Hintergrund. Ein paar Meter dürfen wir dann sogar auf offener Straße laufen, auf Tuchfühlung mit jenen, die meinen, ihren Hass und ihre Ängste auf uns projizieren zu müssen. Diese sind aber nicht nur Neonazis und Halbstarke – das Bild ist auch auf der Gegenseite vielfältig: da sind zum Beispiel die in sauberem Weiß gekleideten flammenden Katholikinnen, die sich im Namen der Kirche den Kampf für die Reinheit ihrer Kinder auf die Fahnen geschrieben haben und entschlossen gegen uns „Perverse“ auf die Straße gehen. Aber wir sind schon so frei, selbst laut zu werden, zunächst auf Englisch: Respect human rights!, dann nach spontaner Einweisung durch unsere lettischen Mitstreiter_innen auch radebrechend auf Lettisch. Am meisten freuen mich die mutigen Lettinnen und Letten, die uns aus der aufgebrachten Menge heraus zuwinken und ihre Sympathie zeigen. Und überhaupt, unversehrt kommen wir aus dieser Nummer nur deswegen wieder raus, weil uns die lettischen Polizist_innen mit aller Entschlossenheit schützen und dabei selber Kopf und Kragen riskieren. Als wir wieder im schützenden eingezäunten Park sind, erzählt uns eine Frau aus Riga mit Tränen in den Augen, dass sie hier ist, stellvertretend für ihre schwulen Freunde, die es dieses Jahr noch nicht hierher geschafft haben. Die osteuropäischen Länder haben ihre ganz eigene Geschichte, die zu den aktuellen Verhältnissen geführt haben, und sie haben auch das gute Recht, ihren eigenen Weg zu gehen und eine eigene Entwicklung zu durchlaufen – und das braucht Zeit.

Aber mindestens genauso berechtigt ist in meinen Augen die Freude bei uns Queers, die wir so stolz waren auf jeden Meter, den wir mit vereinten Kräften in diesem Klima in Riga zurücklegen konnten. Dort konnte man ganz hautnah erleben, was es bedeutet, wenn ein universelles Menschenrecht wie die Versammlungsfreiheit für eine Minderheit keine Selbstverständlichkeit ist. Queeres Leben erschöpft sich sicher nicht darin, einmal im Jahr einen Pride zu feiern. Das ist längst auch bei Amnesty International angekommen, aber es kann auch nicht verkehrt sein, wenn eine internationale Menschenrechtsorganisation elementare LGBT-Rechte von außen her und in enger Zusammenarbeit mit lokalen Menschenrechtler_innen gezielt unterstützt.

Ich habe nach Riga an mehreren Prides in osteuropäischen Ländern teilgenommen. 2011 auch ganz offiziell als Mitglied der deutschen Amnesty-Delegation in Bratislava und Budapest. Und eigentlich hätte ich für diesen Rundbrief hierüber berichten sollen. Aber meine allerersten Eindrücke aus Riga sind die lebendigsten und geben am besten das wieder, was ich auch 2011 erlebt habe und warum ich voller Überzeugung bei Amnesty geblieben bin. *Christian Steiner*

AMNESTY-KAMERAFAU MARIEKE aus den Niederlanden hat Eindrücke von den Prides in Bratislava und Budapest 2011 eingefangen, viel besser als ich das je mit Worten wiedergeben könnte. Ihre Video-Bilder findet ihr unter http://www.youtube.com/watch?v=h_EQ5SB-nfA und <http://www.youtube.com/watch?v=PaQ9aSGXSiQ>.

IMPRESSUM

POSTANSCHRIFT

MERSI Themenkoordinationsgruppe | Amnesty International e.V.
Postfach 62 04 61 | 10794 Berlin

GRUPPENSPRECHER:

Rupert Haag, 030-7829440, info@mersi-amnesty.de

SPENDENKONTO:

Amnesty International Bonn, Stichwort: "für 2918"
Bank für Sozialwirtschaft Köln, Nr. 80 90 100, BLZ 370 205 00

IN KOOPERATION MIT

Amnesty International, Schweizer Sektion, Gruppe Queeramnesty
www.queeramnesty.ch, info@queeramnesty.ch
Spendenkonto: Postkonto 82-645780-9

Netzwerk LGBT-Rechte, Amnesty International Österreich

www.lgbt.at, info@lgbt.at

Spendenkonto: AI Österreich

PSK 1.030.000, BLZ 60.000, Verwendungszweck: Netzwerk LGBT-Rechte

Redaktion: Colin de la Motte-Sherman (V.i.S.d.P.)

Layout: Claudia Becker

Druck: DRUCKSTUDIO, Werbeagentur der Druckhaus Frankfurt GmbH,
Lindenallee 30, 15890 Eisenhüttenstadt

Auflage: 5.000

BEZIRKSGRUPPE BERLIN:

Stephan Cooper | 0179 - 679 36 78 | berlin@mersi-amnesty.de

BEZIRKSGRUPPE HAMBURG:

Ben Reichel | 040 - 609 420 58 | info@mersi-hamburg.de
www.mersi-hamburg.de

BEZIRKSGRUPPE KÖLN:

Bezirkskoordinationsgruppe 1271 MERSI | Ludgera Reckmann
koeln@mersi-amnesty.de

BEZIRKSGRUPPE MÜNCHEN:

Flu Bäurle | 0176 - 77 51 73 01 | jaturesrajati@yahoo.de

ÖSTERREICH

A-WIEN

Netzwerk LGBT-Rechte Österreich | Moeringgasse 10 | 1150 Wien

Tel: 0043 1 7 80 08 | Fax: 0043 1 7 80 08 44 | info@lgbt.at | www.lgbt.at

SCHWEIZ

CH-ZÜRICH

Queeramnesty | Postfach 1308 | CH-8048 Zürich

Kontakt: Tobias Simon Mäder | 0041 - 41 76 396 44 84

tobias@queeramnesty.ch | www.queeramnesty.ch

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International oder der Redaktion wieder.